

Sondierungen zur Erosion ‚real existierender‘ Demokratien

Von Günter Roth

München, 7. November 2021

1. Einführung

Schon seit einiger Zeit wird diskutiert, ob die Demokratie in der Krise sei, nur noch simuliert werde oder schon vergangen, wie der Begriff der ‚Postdemokratie‘ suggeriert (vgl. Blühdorn 2013; Crouch 2008). Dagegen zieht Wolfgang Merkel zurückhaltender Bilanz im Sammelband „Democracy and Crisis“, wobei er zum einen darauf verweist, dass die Rede von der Krise der Demokratie so alt sei wie diese selbst und zum anderen eher „Herausforderungen“ sieht, für die noch keine Gegengifte gefunden worden seien, angesichts der Globalisierung, sozialer Ungleichheit und des Aufstiegs semiloyaler Parteien wie Rechtspopulisten (Merkel 2020a, 129). Allerdings beurteilt der gleiche Autor die Lage der Demokratie in und nach der 'Corona-Krise' viel skeptischer, angesichts des Ausnahmezustands einer enormen Machtkonzentration bei der Exekutive und krassen Freiheitseinschränkungen (Merkel 2020b). Im Folgenden wird zunächst ‚nur‘ der Zustand der Demokratie ‚vor Corona‘ betrachtet, wobei aber auch da bereits eine Aushöhlung oder Erosion der Demokratie beobachtet werden kann, wodurch die sich daran anknüpfende Zuspitzung im Ausnahmezustand der ‚Corona-Krise‘ zumindest teilweise erklärt (letzteres ist aber Gegenstand des Beitrags „[Krisenpolitik – auf dem Weg zur autoritären Technokratie](#)“).

1. Was ist Demokratie und wie lässt sich deren Qualität messen?

Die Beurteilung der Qualität der Demokratie hängt zunächst von Vorstellungen und Erwartungen ab, was eine Demokratie sein soll, geringere Erwartungen lassen das Urteil milder ausfallen als wenn hohe Ansprüche formuliert werden (vgl. Merkel und Kneip 2018). In der ersten Perspektive richtet sich der Blick darauf, dass Freiheits- und Beteiligungsrechte sowie politischer Wettbewerb grundsätzlich vorhanden sind, d.h. dass freie Wahlen stattfinden und

grundsätzlich gleiche Chancen der demokratischen Teilhabe bestehen. Weitreichende Ansprüche schauen stärker darauf, inwiefern Freiheit, Partizipation und demokratische, rechtsstaatliche Kontrollen effektiv vorhanden sind, inwiefern insbesondere alle Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte auch gleichermaßen nutzen oder nutzen können oder ob Machtungleichgewichte vorliegen (vgl. Merkel & Kneip, 2018).

Die meisten Messungen, Indexe und Rankings zur Demokratiequalität folgen eher einem schlanken, liberalen Verständnis, mit Mindestanforderungen an Freiheits- und Beteiligungsrechten, Partizipation und Wettbewerb (vgl. Abromeit und Stoiber 2007, 42 f.). Dieses ist auch eine Folge der angelsächsisch dominierten Forschung und der dort herrschenden politischen Kultur einer liberalen Mehrheits- und Konkurrenzdemokratie (vgl. Schmidt 2019, S. 204 ff.; 289 f.). Entsprechend zeigen viele Indizes oft kaum Unterschiede innerhalb der ‚reifen‘ (westlichen) Demokratien, so dass solche Indizes sogar als „nutzlos“ erklärt wurden (Krause und Merkel 2018, 32).¹ Messungen der Demokratiequalität sollten also Unterschiede oder Defekte auch innerhalb der sich als grundsätzlich freie, demokratisch definierenden Staaten deutlich machen, aber auch, ab wann von einer Autokratie gesprochen werden sollte.²

Unter den Konzepten zur Messung von Demokratiequalität ist zunächst der ‚[Freedom House Index](#)‘ ein sehr oft verwendeter. Dabei wird zwischen ‚freien‘, ‚teilweise freien‘ und ‚unfreien‘ Staaten oder Regimen unterschieden (Freiheit steht quasi gleichbedeutend für demokratisch) anhand zweier Dimensionen: ‚politische Rechte‘ und ‚bürgerliche Freiheiten‘, mit jeweils mehreren Items, die auf Einschätzungen durch ausgewählte Expertinnen und Experten beruhen (vgl. Schmidt 2019, 294 ff.). Die erste Dimension des Freedom House Index soll den Anspruch abbilden, sich zu politischen Parteien zusammenschließen zu können und sich in offenen, wettbewerblichen Wahlen, um politische Führungspositionen bewerben zu können. Als zweite Dimension werden Bürgerrechte herangezogen, d.h. inwiefern Freiheits-, Organisations- und Schutzrechte der Bürger respektiert und staatlicherseits geschützt werden. Am Freedom House Index lässt sich allerdings kritisieren, dass seit Jahren für die entwickelten Demokratien kaum veränderte, sehr hohe Werte ausgewiesen werden, was auch für viele andere Indizes gilt (z.B. ‚Polity-Index‘ oder ‚V-Dem‘) (vgl. Merkel und Kneip 2018, 19). Zum Freedom House Index merkt Manfred G. Schmidt z.B. mit Blick auf die USA, die dort als ‚frei‘ eingestuft wird (83 von 100 Punkten) kritisch an:

¹ Die Kritik an gängigen Konzepten der Demokratiemessung gilt z.B. schon für einen der Pioniere, Vanhanen: Dieser knüpft an Dahls Faktoren von Partizipation und Wettbewerb an und bestimmt den Grad der Partizipation schlicht als Anteil der Wahlbeteiligung an der Bevölkerung und den Grad des Wettbewerbs als Stimmenanteil der stärksten Partei ($W=100-SP$), woraus nach Multiplikation ein Index errechnet wird, bei dem Italien einen Spitzenwert erzielte (vgl. Schmidt 2019, 60 f.), obwohl andere Messungen und Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger oft sehr schlechte Werte bzgl. des Funktionierens der Demokratie in Italien liefern.

² Auch hier gibt es alles andere als Einigkeit in wissenschaftlichen Urteilen, zumal autokratische Regime wie in Russland oder der Türkei zumindest den Anschein von Demokratie wahren (vgl. Schmidt 2019, 299 f.).

„Auffällig milde urteilt Freedom House hingegen seit Jahr und Tag über die USA trotz Guantanamo und gezielter Tötung im Regierungsauftrag. Auch Israel, das ebenfalls Tötung im staatlichen Auftrag kennt und in den Palästinensergebieten als Besatzungsmacht auftritt, erhält bemerkenswert milde Bewertungen bei den Bürgerfreiheiten.“ (Schmidt 2019, 295 f.)

Andererseits gibt auch der im Freedom House Index für Schweden ausgewiesene Maximalwert (100) zu denken, weil er suggeriert, dass keine Defizite vorkämen, wie sie sonst für viele Demokratien diskutiert werden (ungleiche Partizipation, Machtkonzentration oder -missbrauch und mangelnde Kontrolle), als ob in Schweden eine ideale, nicht verbesserungsfähige Demokratie vorläge.

Im Übrigen gilt eine ähnliche grundsätzliche Kritik auch für den immer häufiger verwendeten Ansatz der *„Varieties of Democracy“* (*V-Dem*), der trotz aufwändiger wissenschaftlicher Konstruktion leider nur auf Urteile ausgewählter akademischer Expertinnen und Experten aufbaut und für die westeuropäischen Demokratien ebenso frappierend ähnliche, meist relativ konstant hohe Werte aufweist (vgl. Graziano und Quaranta 2022, 19 ff.; Papada u. a. 2023). Zudem bleibt unklar, inwiefern die verschiedenen Teil-Indizes zu einer Gesamtbeurteilung führen, wobei meist der Index liberaler Demokratie im Vordergrund steht.

Aufgrund solcher hier nicht weiter auszuführenden Kritik wurde der relativ anspruchsvolle *Democracy Barometer* entwickelt, um Unterschiede auch zwischen ‚entwickelten‘ Demokratien sowie im Zeitablauf besser zu identifizieren (Bühlmann u. a. 2012).³ Die Messung orientiert sich an drei theoretisch begründeten Kerndimensionen, *Freiheit*, *Kontrolle* und *Gleichheit*, die mittels „Funktionen“ differenziert werden: 1. *Freiheit* als individuelle Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit, 2. *Kontrolle* als Wettbewerb, Gewaltenkontrolle und Regierungsfähigkeit; 3. *Gleichheit* als Transparenz, Partizipation, Repräsentation, was wiederum in 18 Subdimensionen mit ca. 100 Einzelindikatoren zu einem Index mit Werten von 0-100 aggregiert wurde (vgl. Engler u. a. 2020; Merkel und Kneip 2018). Eine Besonderheit und Vorzug des Democracy Barometer ist, dass dieser Indikatoren und Daten aus amtlichen Statistiken sowie Surveys anstelle subjektiver Einschätzungen akademischer ‚Expertinnen und Experten‘ verwendet. Denn deren individuellen Sichtweisen sind möglicherweise verzerrt und wenig reliabel (vgl. Graziano und Quaranta 2022). Dieses gilt nicht zuletzt vor dem – wenig beachteten – Hintergrund, dass akademische Expertinnen und Experten (wie die meisten Vertreter aller Eliten, in Politik, Medien und Wirtschaft) zu einem Großteil (und heute wieder mehr denn je) aus

³ Leider scheint jedoch der Democracy Barometer nicht mehr aktualisiert zu werden, zumal der Mainstream der akademischen Forschung offenbar dem V-Dem folgt, hinter dem eine enorme finanzielle Power zahlreicher internationaler Institutionen (Regierungen, Großkapital oder ‚philanthrokapitalistischer Stiftungen‘) zu stecken scheint.

relativ privilegierten sozialen Milieus der Bourgeoisie stammen und somit politisch per se auch nicht unbedingt neutral oder objektiv sind.⁴

Ergänzend sollten deshalb bei der Bewertung der Demokratie die Einschätzungen der *Bürgerinnen und Bürger* herangezogen werden, wobei sich auch die spannende Frage ergibt, inwiefern diese Sichtweisen mit den Bewertungen der vorgenannten Expertisen übereinstimmen. Auch bei den Bürgerinnen und Bürgern spielen aber das Verständnis und die Erwartungen an die Demokratie im jeweiligen Land eine möglicherweise verzerrende Rolle, d.h. eventuelle kritische (oder unkritische) Bewertungen von Bürgerinnen oder Bürgern können wiederum aus hohen (oder niedrigen) Erwartungen resultieren, wobei vermutlich auch die Art der im jeweiligen Land realisierten Demokratie darauf einwirkt (vgl. Fuchs und Roller 2018). Dass ein Volk mit seiner Demokratie zufrieden ist, kann also auch einer verzerrten Wahrnehmung geschuldet sein oder verzerrt *geäußerten* Meinungen. Letzteres dürfte z.B. der Fall sein, wenn Umfragen in mehr oder weniger autokratischen Staaten wie China, Russland oder der Türkei ergeben, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit ihrem Regime zeigen, obwohl gravierende Mängel bestehen (Merkel 2020a, 126). Außer aufgrund von Manipulation oder sozialem Druck könnten die Antworten aber auch durch Rahmenbedingungen, etwa der wirtschaftlichen Situation in einem Land, beeinflusst werden. Deshalb wird angezweifelt, inwiefern insbesondere der oft herangezogene summarische Indikator der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land als valide Bewertung der Demokratiequalität ausreicht, zumal sich dieser nicht spezifisch auf einzelne Funktionen (z.B. das Funktionieren rechtsstaatlicher Kontrolle oder von Partizipation) bezieht (vgl. Quaranta 2018, 195).

2. Empirische Befunde zur Demokratiequalität

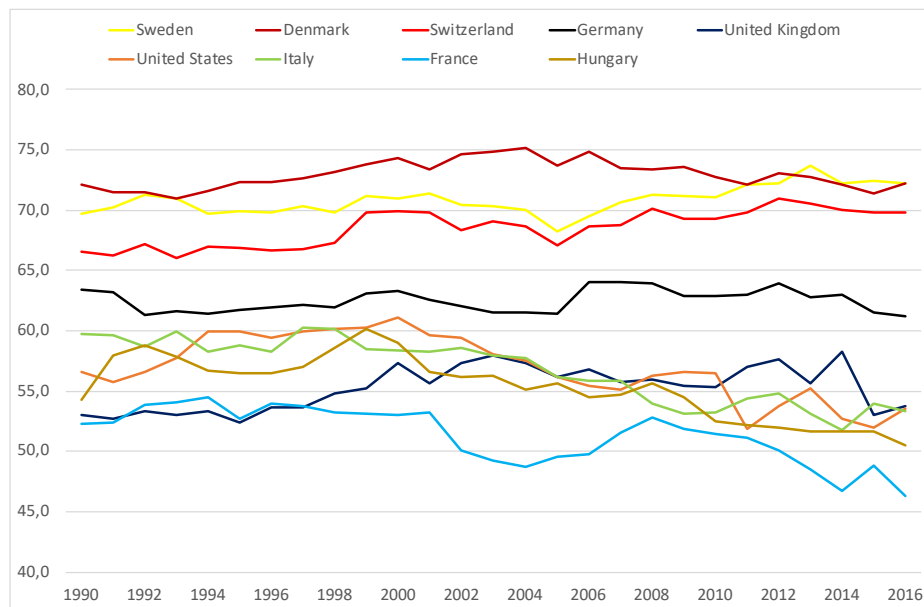
Gesamtbewertung der Demokratiequalität laut Democracy Barometer

Zunächst zeigen die Daten des Democracy Barometer auch innerhalb der Länder, die meist als ‚reife‘ Demokratien wahrgenommen werden, erhebliche Unterschiede der Demokratiequalität (vgl. Abbildung 1). Dabei schneiden vor allem Frankreich und Italien im Vergleich zu Schweden, Dänemark und Schweiz relativ schlecht ab, aber auch das Vereinigte Königreich (2016: 53,8) und die US-Demokratie (2016: 53,6) rangieren nur knapp über 50 (Skala von 0-100), also in einem problematischen Bereich, d.h., dass hier gravierende ‚Defekte‘ der Demokratie konstatiert werden können (vgl. Schmidt 2019, 419). Deutschland rangiert mit Werten von etwas über 60 stabil über diesem kritischen Bereich, aber auch weit hinter den

⁴ Zum ersten Argument siehe z.B.: Hartmann 2007, 2013, zum letzteren siehe z.B.: Klein und Stern 2005

Spitzenreitern wie Dänemark, Schweden oder der Schweiz, wobei aber auch bei diesen noch Verbesserungspotential und ein mehr oder weniger großer Abstand vom Maximalwert (100) vorliegt.

Abbildung 1: Demokratiequalität laut Democracy-Barometer (1990-2016)



Quelle: Eig. Erstellung nach: Democracy-Barometer (http://www.democracybarometer.org/concept_de.html).

Ein klarer Abwärtstrend ist durchaus in einigen Ländern zu beobachten, so in Frankreich, Italien, Ungarn und den USA, wobei Frankreich sogar unter dem kritischen Wert von 50 liegt und sogar noch unter dem von Ungarn, das in der Öffentlichkeit hierzulande fast schon selbstverständlich als ‚defekte‘ Demokratie wahrgenommen wird (im Democracy Barometer 2016 mit dem Wert 50,5 ausgewiesen).⁵ Auch Griechenlands Bewertung im Democracy Barometer ist übrigens deutlich unter den kritischen Wert 50 gerutscht (2016: 42,8), das in der Finanz- und Eurokrise seit 2007 eine tendenzielle Aushebelung der Demokratie durch Eingriffe internationaler ‚Finanzinstitutionen‘ wie Weltwährungsfonds oder Europäischer Zentralbank hinnehmen musste und was links- und rechtspopulistische Parteien an die Macht brachte. Auch dieser Fall zeigt, dass man Symptome (Populismus), Ursachen (Defekte der Demokratie) und Wirkungen (Gefährdung der Demokratie) nicht verwechseln oder vermischen sollte.

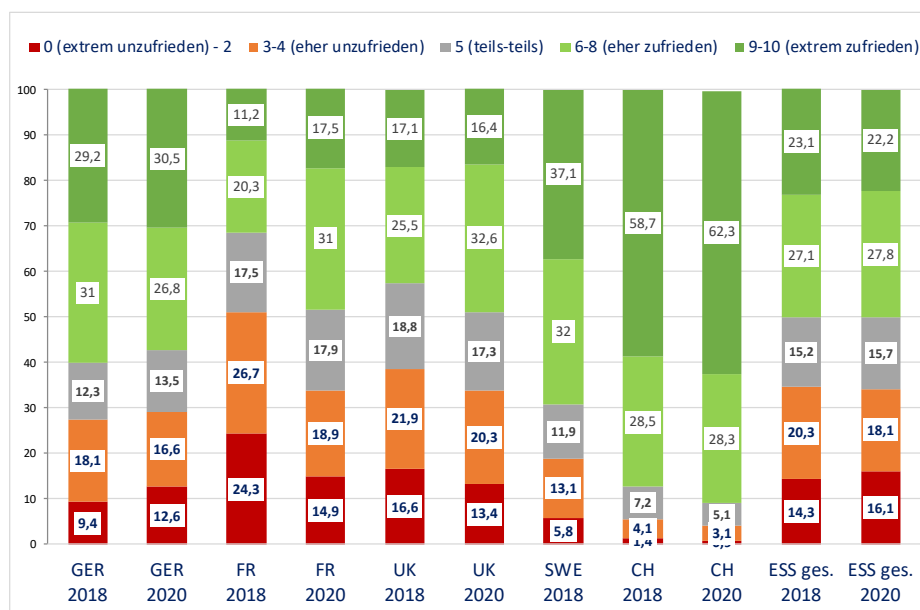
⁵ Demgegenüber liegt Frankreich im V-Dem (Liberal Democracy Index, 2018) bei einem erstaunlich hohen Wert von 0,803, Ungarn dagegen bei 0,381, was die Frage aufwirft, inwiefern hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf die Qualität der Demokratie

Wie sehen die Bürgerinnen und Bürger selbst das Funktionieren der Demokratie in ihrem Land? Dazu ist zunächst vorzuschicken, dass die demokratische Herrschaftsordnung heute an sich als *Idee* eine überwältigende Zustimmung erfährt, auch wenn die Kritik am realen Funktionieren virulent ist: Die Aussage „Man sollte ein demokratisches politisches System haben“ bewerten in Deutschland 95% mit „gut“ oder „sehr gut“; in Großbritannien, Frankreich und den USA sind das mit ca. 70% zwar viel weniger, aber auch noch eine große Mehrheit (siehe [World Value Survey](https://www.worldvaluessurvey.org/) 2017-2020).

Deutschland liegt bei der Bewertung des Funktionierens der Demokratie durch die Bürgerinnen und Bürger in einem mittleren Bereich in Europa, wobei sich hierzulande noch eine Mehrheit von 57% der Antwortenden zwar eher zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie zeigte (2020), es gab aber auch 29,2%, die unzufrieden waren und 13,5% zeigten sich ambivalent (Abbildung nachfolgend).

Abbildung 2: Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land (2018, 2020)



Quelle: European Social Survey: „And on the whole, how satisfied are you with the way democracy works in [country]?, GER (Germany), FR (France), UK (United Kingdom), SWE (Sweden), CH (Schweiz).

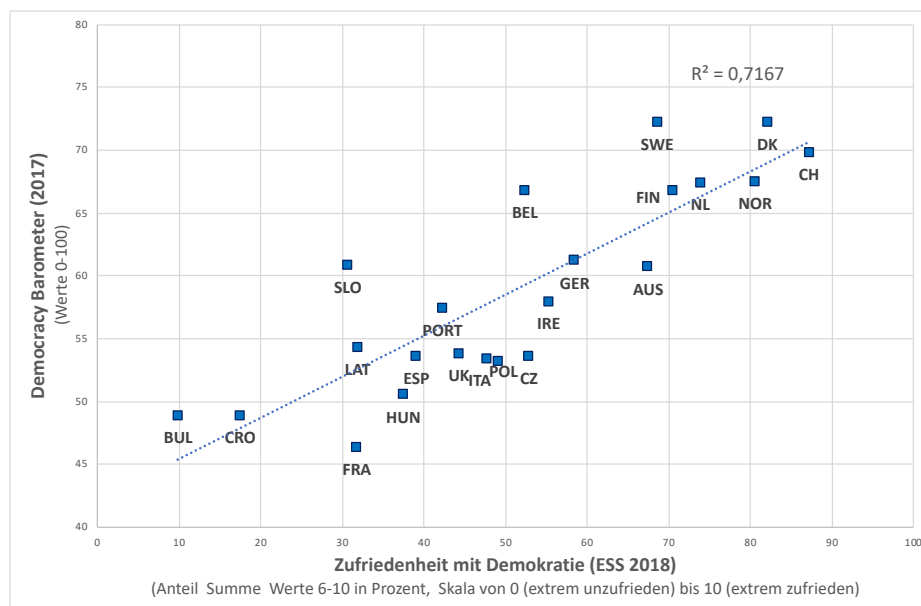
Dabei hat die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie im Jahr 2020 in Deutschland (zu Zeiten der Corona-Krise) gegenüber 2018 offenbar weiter zugenommen.⁶ In der dezentralisierten, partizipativen Direkt- und Konsensdemokratie

⁶ Die Feldphase des European Social Survey hat im Herbst 2020 begonnen und zum Teil noch weit über das Jahr 2020 hinaus andauert (vgl. <https://www.europeansocialsurvey.org/>).

der Schweiz sind demgegenüber über 90 % der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit dem Funktionieren ihrer Demokratie und dort hat die Zufriedenheit offenbar in der Krise weiter zugenommen ([European Social Survey](#) 2018, 2020). Die Schweizerinnen und Schweizer konnten nicht nur mehrmals über die Corona-Regularien abstimmen, sondern genossen auch einen eher liberalen Umgang mit Covid-19, wenn auch nicht in dem Maße wie beim diesbezüglichen Vorreiter Schweden. Auffällig ist dagegen der hohe Anteil der mit ihrer Demokratie Unzufriedenen in Frankreich im Jahr 2018 (51%), wobei sich im Jahr 2020 ‚nur noch‘ 34% mehr oder weniger unzufrieden äußern (ähnlich wie im Vereinigten Königreich). Aber auch im Jahr 2020 zeigt sich nur knapp die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Frankreichs zufrieden mit dem Funktionieren ihrer Demokratie. Diese Werte zeigen mit Blick auf jene der Schweiz oder Schwedens jedenfalls einen deutlichen Verbesserungsbedarf, der insbesondere in einer effektiveren Partizipation zu suchen sein dürfte – die zentralistische Mehrheitsdemokratie und Präsidialdemokratie scheinen reformbedürftig.

Im Übrigen korrelieren aber die aufgezeigte Wahrnehmung der Funktionsweise der Demokratie durch die Bürgerinnen und Bürger sehr stark mit den Werten des Democracy Barometer (vgl. Krause und Merkel 2018, 40 f.) (Abbildung 3).⁷

Abbildung 3: Qualität der Demokratie laut ‚Democracy Barometer‘ (2017) und Zufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern mit der Demokratie (2018)



Quelle: Eigene Erstellung nach: <http://www.democracybarometer.org> und European Social Survey.

⁷ Bei Merkel (ebd.) wird für 2012 ein Korrelationskoeffizient von 0,81 ausgewiesen, die Daten des ESS von 2018 korrelieren mit dem Democracy Barometer (2016) sogar mit 0,847 (eig. Berechnungen).

Dagegen korrelieren die Beurteilungen des V-Dem durch ausgewählte akademische Expertinnen und Experten weniger stark mit der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Demokratie.⁸ Zudem zeigt der ergänzende Blick auf die meist mittelstarke, mitunter aber auch schwache, Korrelation der Werte verschiedener Demokratie-Indizes untereinander, dass einige wie der V-Dem deutlich rechtsschief sind, also die etablierten westlichen Demokratien offenbar zu positiv bewerten (vgl. Graziano und Quaranta 2022, 24).⁹

“Government of the people, by the elites for the rich”

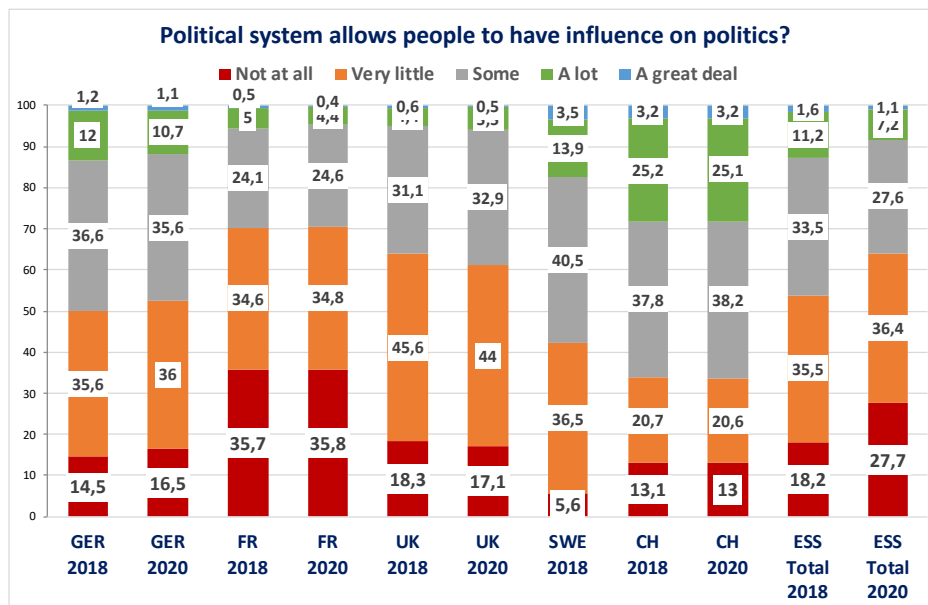
Die Qualität der Demokratie zeigt sich aber nicht zuletzt daran, dass Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich gleiche Rechte und Möglichkeiten der Partizipation haben im Sinne einer Regierung des Volks, durch das Volk und für das Volk (so der berühmte Satz Abraham Lincolns). Erwartungsgemäß sollten deshalb in Demokratien die Regierungen die Interessen der Mehrheit des Volks berücksichtigen und bei Versagen abgewählt werden. Entsprechend erwartet die ökonomische Theorie der ‚rationalen Wahl‘ (‚Rational Choice‘) auch, dass sich demokratische Regierungen und Parteien hauptsächlich an der Mehrheit der ökonomischen Mitte orientieren, dem sog. ‚Medianwähler‘ (der in der Mitte der Einkommensverteilung liegt) (vgl. Schmidt 2019, 187 ff.).

Demgegenüber zeigen jedoch empirische Studien zur politischen ‚Responsivität‘, dass in der Realität große Verzerrungen vorliegen: Zunächst sehen die Bürgerinnen und Bürger vielfach auch in Demokratien für sich keinen oder nur einen geringen Einfluss auf die Politik (Abbildung 4). Erneut zeigen sich die Menschen in Frankreich und Großbritannien besonders skeptisch bzgl. ihrer Möglichkeit, politisch mitzubestimmen, was 60-70% verneinen. In der Schweiz sind das zwar weniger (34%), jedoch handelt es sich um eine erstaunlich große Gruppe, die sich politisch mehr oder weniger machtlos fühlt, trotz der Möglichkeit der Volksabstimmung.

⁸ Der Pearsonsche Korrelationskoeffizient beträgt 0,608 zwischen den Werten des Index liberaler Demokratie (v2x_libdem) des V-Dem zum 31.12.2018 und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in 22 europäischen Ländern (2018) laut European Social Survey (Summe der Anteile der Werte 6-10, Skala von 0=sehr unzufrieden bis 10=extrem zufrieden).

⁹ Die Korrelation zwischen Democracy Barometer und Freedom House Index lag 2017 bei 0,751, zum Polity-Index nur bei 0,095 und zum V-Dem bei 0,684 (Graziano und Quaranta 2022, 24).

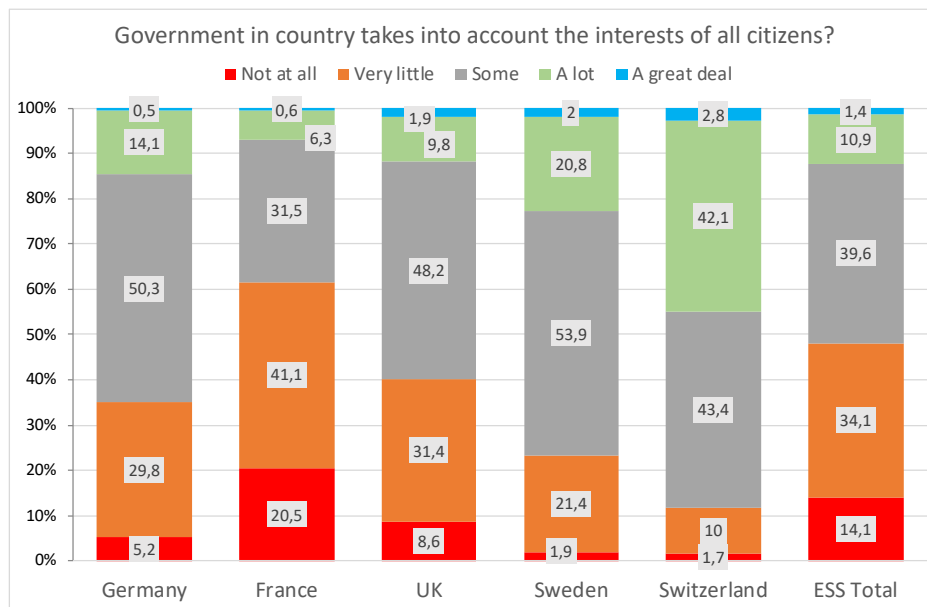
Abbildung 4: Einschätzungen von Bürgerinnen und Bürgern zu ihrer Möglichkeit der Einflussnahme auf die Politik (2018, 2020)



Quelle: European Social Survey And how much would you say that the political system in [country] allows people like you to have an influence on politics? GER (Germany), FR (France), UK (United Kingdom), SWE (Sweden), CH (Schweiz).

Entsprechend kritisch beurteilen die Befragten auch die Frage, ob die Regierung ihres Landes die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt, was in Demokratien zumindest grundsätzlich der Fall sein sollte. In Deutschland stimmen dem nur gut 14% der Befragten in hohem Maße zu, während gut die Hälfte ambivalent votiert und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ‚etwas‘ berücksichtigt sehen; 35% sagen aber auch, die Regierung berücksichtige die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht oder nur sehr wenig (Abbildung 5). Auch hier fällt wieder Frankreich auf, wo die große Mehrheit (62%) überhaupt keine oder nur eine sehr geringe Berücksichtigung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt (noch kritischere Werte zeigt übrigens Italien, das diesbezüglich nur von Bulgarien und Kroatien übertroffen wird, vgl. European Social Survey).

Abbildung 5: Einschätzungen der politischen Interessenberücksichtigung von Bürgerinnen und Bürgern durch demokratische Regierungen (2020)



Quelle: European Social Survey. "How much would you say that the government in [country] takes into account the interests of all citizens?"

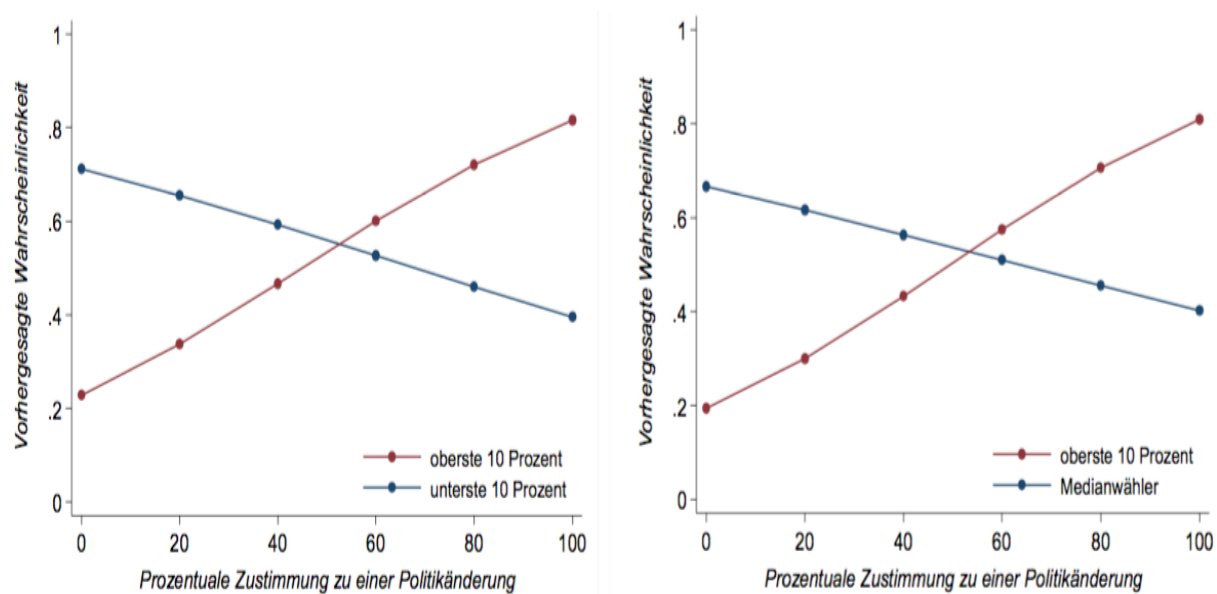
Die kritischen Wahrnehmungen von Bürgerinnen und Bürgern lassen sich abschließend durch empirische Analysen der ‚Responsivität‘ politischer Entscheidungen bestätigen: Dazu hat eine Gruppe um Armin Schäfer für den Zeitraum von 1998 bis 2013 in Deutschland untersucht, inwiefern die getroffenen politischen Entscheidungen (Gesetzesbeschlüsse) mit den Einstellungen dazu beim Volk einhergehen, unterschieden nach Einkommensgruppen und Berufsstatus (Elsässer, Hense, und Schäfer 2016, 2018).

Dabei zeigt sich, dass insbesondere bei gesellschaftlich kontroversen Fragen (z.B. Erhöhung des Alters für den Rentenbezug oder die Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe, sog. ‚Hartz-IV‘) die politischen Interessen und Sichtweisen der Reichen (sowie Beamten und Selbstständiger) sehr viel häufiger wahrgenommen und durchgesetzt werden (Elsässer, Hense, und Schäfer 2016, 2018). Teilte die reichste Einkommensgruppe geschlossen eine politische Forderung oder Sichtweise, wurde diese mit einer Wahrscheinlichkeit von 80% durchgesetzt, waren die Reicheren mehrheitlich gegen eine Forderung, sank die Wahrscheinlichkeit der Realisierung auf ca. 20 Prozent (Elsässer, Hense, und Schäfer 2016, 2018) (Abbildung 6).

Wenn dagegen eine politische Forderung in der ärmsten Einkommensgruppe mehrheitlich unterstützt wurde, sank die Wahrscheinlichkeit der Realisierung auch deutlich. Besonders interessant ist, dass dieser Zusammenhang ähnlich für mehrheitlich geteilte Forderungen der mittleren Einkommensgruppe oder des sog. ‚Medianwählers‘ gilt (des Wählers oder der Wählerin, die genau in der Mitte der Einkommensverteilung liegt) (vgl. ebd.). D.h. nicht nur die unteren,

sondern auch die mittleren Einkommensgruppen finden mit ihren politischen Forderungen weniger Gehör bei den politischen Eliten als die Reichen (ähnliches gilt, wenn andere Statusaspekte wie Beruf oder Stellung im Beruf betrachtet werden).

Abbildung 6: Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung politischer Forderungen nach Anteilen der Zustimmung in unterschiedlichen Einkommensgruppen (Deutschland, Auswertung Gesetze im Zeitraum 1998-2013)



Quelle: Elsässer, Hense, und Schäfer 2016, Abb. 4-10.

Anzumerken ist, dass dieser für eine Demokratie sehr problematische Befund für eine Zeit festgestellt wurde, in der die SPD führend an der Regierung oder mit in der Regierung war, eine Partei, die bis heute behauptet, in besonderem Maße für ‚die kleinen Leute‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ einzutreten. Dass die Wahrnehmungen der immer homogener werdenden politischen Repräsentanten im Bundestag gegenüber jenen im normalen Volk schon länger auseinander gedriftet sind, zeigt auch eine Befragung zur sozialen Gerechtigkeit: Während die Abgeordneten des Deutschen Bundestags mit großer Mehrheit (60%) der Meinung waren, die Einkommen und Vermögen seien in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt, teilte diese Einschätzung in der Bevölkerung nur eine Minderheit von 28% (Vehrkamp und Kleinsteuber 2007).

Offenbar hat sich eine Abkehr und Verselbständigung politischer Eliten gegenüber dem Volk vollzogen, d.h. auch in Demokratien wie Deutschland, welche im Democracy Barometer und in der Sicht der Bürgerinnen und Bürger noch einigermaßen gut abschneidet, gibt es eine eklatante Missachtung und mangelnde Rückkopplung zum mehrheitlichen Willen des Volkes. Dieses lässt sich anhand vieler weiterer großer politischer Entscheidungen ablesen, wie z.B. der Osterweiterung der EU, der Einführung des Euro, der ‚Öko-Steuer‘ oder der Beteiligung

an diversen Kriegen, in Afghanistan und vielen anderen. Zudem wuchs nicht nur in Deutschland die Ungleichheit zusehends relativ unabhängig davon, ob Mitte-Rechts- oder Mitte-Links-Regierungen an der Macht waren (Piketty 2019). Der Titel des Aufsatzes von Elsässer, Hense und Schäfer (2018) bringt es somit auf den Punkt: „Government of the People, by the Elite, for the Rich“.

Zu der wachsenden ‚demokratischen Unwucht‘ trägt vermutlich bei, dass die soziale Zusammensetzung der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten immer elitärer wurde. So zeigen z.B. Analysen für die USA, dass sich bis 1980 die Regierungen überwiegend aus den unteren und mittleren Klassen rekrutierten, während seitdem immer stärker die oberen Klassen dominierten und dass diese Entwicklung überdeutlich mit der zunehmenden steuerlichen Entlastung von Reichen und einer wachsenden Ungleichheit einhergeht (Hartmann 2009). In Deutschland haben unter den Abgeordneten des 20. Bundestags 87% einen Hochschulabschluss, in der gesamten Bevölkerung sind es aber nur 18,5 %, d.h. Menschen mit geringwertigen Schulabschlüssen und einfache ‚Arbeitende‘ sind die politisch am stärksten unterrepräsentierte Gruppe, ohne dass dieses ein großes Thema in der Öffentlichkeit darstellt.¹⁰ Dieses folgt dem allgemeinen Trend, dass akademische Bildung nicht nur als Bedingung für beruflichen Erfolg, Einkommen und sozialen Status gilt, sondern dass führenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur fast nur noch durch akademisch Gebildete besetzt werden (Hartmann 2007).

Die ähnliche Herkunft und Sozialisation sowie Ausbildungen bewirken, dass die politischen Eliten immer ähnlichere Einstellungen aufweisen als ein ‚*bloc bourgeois*‘, der von den Einstellungen und Interessen der Masse des Volks stark abweicht (Amable und Darcillon 2020). Diese Spaltung zeigt sich sowohl entlang der sozial- und wirtschaftspolitischen Konfliktlinie wohlfahrtsstaatlicher Regulierung oder ‚Redistribution (versus Marktfreiheit)‘ wie auch der Frage nationaler Identität und gesellschaftlicher Ordnung, dem Umgang mit Globalisierung und Einwanderung oder Genderfragen, wobei geringer Gebildete und Ärmere eher wohlfahrtsstaatliche Regulierungen im Interesse sozialer Sicherheit und Gleichheit fordern, und eher für eine starke Nationalstaatlichkeit sowie konservativere gesellschaftspolitische Haltungen und Ordnungsvorstellungen eintreten, während die politischen Eliten eher liberalere Einstellungen (pro Marktfreiheit und pro gesellschaftlicher Liberalisierung, Multikulturalität und Globalisierung) pflegen (Amable und Darcillon 2020; Giger und Nelson 2013; Gilens und Page 2014; Page, Bartels, und Seawright 2013; Van der Waal, Achterberg, und Houtman 2007). Insofern ist zu erklären, dass die ökonomische und noch mehr die sozio-kulturelle Ungleichheit immer

¹⁰ <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordneten-ehlen-e291979/>. Bezeichnenderweise wurden bei dieser Auswertung die Kategorien ‚Arbeiter‘ und ‚Ärmere‘ gar nicht erhoben, es ist aber davon auszugehen, dass diese, wie in anderen Ländern, extrem selten vertreten sind (Carnes 2016).

stärker unabhängig davon wuchs, ob Mitte-Rechts- oder Mitte-Links-Regierungen an der Macht waren, da deren Führungen zusehends ähnlicher wurden und immer unähnlicher zu den Volksmilieus (Piketty 2019).

3. Fazit

Zumindest eine Erosion der Demokratie lässt sich in Ländern wie Frankreich, aber ansatzweise auch in Deutschland, kaum leugnen, wobei sich als Dreh- und Angelpunkt das Problem der sozialen wie politischen Ungleichheit zeigt. Hier wie dort haben große Teile des sog. 'einfachen Volks' (formal geringer Gebildete und Arbeitende mit geringen oder mittleren Einkommen) schon länger den — berechtigten — Eindruck, dass die Politik in der 'real existierenden' Demokratie systematisch zu ihren Ungunsten läuft, und das zusehends unbeeinflusst von Wahlergebnissen und ob Mitte-Rechts- oder Mitte-Links-Regierungen an der Macht sind. Angesichts des herrschenden ‚Bloc Bourgeois‘ sehen sog. ‚einfache‘ Leute immer weniger Einflussmöglichkeiten, so dass sie häufig den Wahlen oder der Mitarbeit in Parteien fernbleiben und zu rechts-autoritären Protestparteien abwandern. Letztere werden von Seiten der akademischen Eliten in Politik, Medien und Sozialwissenschaft bezeichnenderweise als ‚populistisch‘ klassifiziert, wobei die ‚populistische‘ Rhetorik "vereinfachend" oder "unterkomplex", "personalisierend", "emotionalisierend", "skandalisierend" und von »manichäischem Denken« (»gut-böse« oder »schwarz-weiß«) geprägt sei (Zick, Küpper, und Berghan 2019, 178). Damit gerieren sich die Eliten und die politische Mitte aber nur selbst als ‚vernünftig‘ und stempeln große Teile des Volks oder den ‚Populus‘ tendenziell als dummen, emotionsgesteuerten Pöbel ab, was wiederum die so Geschmähten bestätigt. Dabei wird verkannt, dass die ‚populistische‘ Agitation, so verzerrt, falsch oder verwerflich sie auch sein mag, funktioniert, weil sie auf ein von den anderen Parteien nicht berücksichtigtes Bedürfnis der dadurch Angesprochenen trifft (Decker und Brähler 2018, 31). Die Verurteilung des 'Rechtspopulismus' verstellt somit den Blick auf Ursachen und die wachsende Aushöhlung der Demokratie, mit einer auch von der 'brahmanischen Linken' befolgten ‚neo-liberalen‘ Politik einer ‚neuen Mitte‘ à la Blair oder Schröder, mit der These des Endes von Klassengesellschaft oder ‚Rechts-Links-Gegensätzen‘ und einer Beförderung der sozialen Ungleichheit (Mouffe 2018). Zur Erosion der Demokratie und dem Aufstieg des ‚Populismus‘ trägt nicht zuletzt die zunehmende Tendenz zur Technokratie bei, wobei unpopuläre politische Entscheidungen und ‚Reformen‘ (von Thatcher bis Schröder oder Merkel) als vermeintlich ‚alternativlos‘ durchgesetzt wurden, angesichts von Krisenkonstruktionen und Szenarien wie dem globalen Standortwettbewerb oder ‚demographischen Wandel‘ (Séville 2017). Die technokratisch-autoritäre Versuchung zeigt sich zuge-spitzt seit der sog. 'Corona-Krise' seit 2020, wobei erste vergleichende Analysen dazu zeigen,

dass die in dieser Krise enorm gewachsenen autoritären Tendenzen umso stärker in jenen Ländern ausfielen, wo die Qualität der Demokratie bereits vorher schlechter oder erodiert war (Engler u. a. 2021). Siehe dazu den weiterführenden Beitrag "[Krisenpolitik – Auf dem Weg zur autoritären Technokratie](#)".

4. Literatur

- Abromeit, Heidrun, und Michael Stoiber. 2007. *Demokratien im Vergleich: Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Amable, Bruno, und Thibault Darcillon. 2020. „The brahmin left, the merchant right, and the bloc bourgeois (Political Economy Working Papers No. 1/20, Université de Genève)“.
- Blühdorn, Ingolfur. 2013. *Simulative Demokratie: neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Suhrkamp Verlag.
- Bühlmann, Marc, Wolfgang Merkel, Lisa Müller, und Bernhard Weißels. 2012. „The democracy barometer: a new instrument to measure the quality of democracy and its potential for comparative research“. *European Political Science* 11(4): 519–36.
- Carnes, Nicholas. 2016. „Why are there so few working-class people in political office? Evidence from state legislatures“. *Politics, Groups, and Identities* 4(1): 84–109.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Oliver, und Elmar Brähler. 2018. *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft (Leipziger Autoritarismus-Studie, gefördert von der Heinrich Böll Stiftung & Otto Brenner Stiftung)*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2016. *Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015 (Endbericht zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales)*. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- . 2018. „Government of the People, by the Elite, for the Rich: Unequal Responsiveness in an Unlikely Case“. *MPIfG Working Paper* 18(5). <https://www.econstor.eu/handle/10419/180215> (18. Dezember 2020).
- Engler, Sarah u. a. 2020. „Democracy Barometer. Codebook. Version 7“.
- . 2021. „Democracy in times of the pandemic: explaining the variation of COVID-19 policies across European democracies“. *West European Politics* 44(5–6): 1077–1102.
- Fuchs, Dieter, und Edeltraud Roller. 2018. „Conceptualizing and Measuring the Quality of Democracy: The Citizens’ Perspective“. *Politics and Governance* 6(1): 22–32.
- Giger, Nathalie, und Moira Nelson. 2013. „The Welfare State or the Economy? Preferences, Constituencies, and Strategies for Retrenchment“. *European sociological review* 29(5): 1083–94.

- Gilens, Martin, und Benjamin I. Page. 2014. „Testing theories of American politics: Elites, interest groups, and average citizens“. *Perspectives on politics* 12(03): 564–81.
- Graziano, Paolo, und Mario Quaranta. 2022. „Studying Democracy in Europe: Conceptualization, Measurement and Indices“. *Government and Opposition*: 1–27.
- Hartmann, Michael. 2007. *Eliten und Macht in Europa: ein internationaler Vergleich*. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl.
- . 2009. „Politische Elite und Einkommensverteilung in den USA seit 1945“. *Leviathan* 37(2): 281–304.
- . 2013. *Soziale Ungleichheit-Kein Thema für die Eliten*. Campus Verlag.
- Klein, Daniel B., und Charlotta Stern. 2005. „Professors and their politics: The policy views of social scientists“. *Critical Review* 17(3–4): 257–303.
- Krause, Werner, und Wolfgang Merkel. 2018. „Crisis of Democracy? Views of Experts and Citizens“. In *Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times*, hrsg. Wolfgang Merkel und Sascha Kneip. Cham: Springer, 31–47. http://undefined/chapter/10.1007/978-3-319-72559-8_2 (27. Juli 2021).
- Merkel, Wolfgang. 2020a. „Demokratiekrisen“. In *Handbuch Krisenforschung*, hrsg. Frank Bösch, Nicole Deitelhoff, und Stefan Kroll. Springer VS, Wiesbaden, 111–33. http://undefined/chapter/10.1007/978-3-658-28571-5_7 (20. April 2021).
- . 2020b. „Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie“. *WSI-Mitteilungen* 73(6): 445–53.
- Merkel, Wolfgang, und Sascha Kneip, hrsg. 2018. *Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times*. Cham: Springer.
- Mouffe, Chantal. 2018. *For a left populism*. London/New York: Verso Books (Ebook).
- Page, Benjamin I., Larry M. Bartels, und Jason Seawright. 2013. „Democracy and the policy preferences of wealthy Americans“. *Perspectives on Politics* 11(01): 51–73.
- Papada, Evie u. a. 2023. „Defiance in the Face of Autocratization. Democracy Report 2023“. https://v-dem.net/documents/30/V-dem_democracyreport2023_highres.pdf (16. November 2023).
- Piketty, Thomas. 2019. *Kapital und Ideologie (aus dem Französischen von André Hansen, Enrico Heinemann, Stefan Lorenzer)*. München: CH Beck / Apple Books.
- Quaranta, Mario. 2018. „How Citizens Evaluate Democracy: An Assessment Using the European Social Survey“. *European Political Science Review* 10(2): 191–217.
- Schmidt, Manfred G. 2019. *Demokratietheorien: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer-Verlag, VS.
- Séville, Astrid. 2017. *There is no alternative: Politik zwischen Demokratie und Sachzwang*. Campus Verlag.
- Van der Waal, Jeroen, Peter Achterberg, und Dick Houtman. 2007. „Class is not dead - it has been buried alive: class voting and cultural voting in postwar western societies (1956-1990)“. *Politics & Society* 35(3): 403–26.

Vehrkamp, Robert B., und Andreas Kleinsteuber. 2007. *Soziale Gerechtigkeit: –Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Zick, Andreas, Beate Küpper, und Wilhelm Berghan. 2019. *Verlorene Mitte — Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018*. Bonn: Dietz, JHW Nachf.